



Lösungsvorschlag

---

## Höhere Fachprüfung für Sozialversicherungs-Expertinnen und -Experten 2022

---

### Prüfungsteil 1.2: Falldossier

---

### Gewählter Sozialversicherungszweig: Invalidenversicherung

---

Kandidatennummer \_\_\_\_\_

Prüfungsdatum \_\_\_\_\_

Titel des Falls                      Verfahren – Pflichten der versicherten Person - Berufliche Massnahmen \_\_\_\_\_

---

## Falldossier: Verfahren – Pflichten der versicherten Person - Berufliche Massnahmen

---

### Einführung in den Fall

Herr Alder ist 35 Jahre alt und von Beruf Zimmermann. Er erleidet am 27.05.2019 einen Betriebsunfall auf einer Baustelle und bricht sich dabei den linken Oberschenkel und das obere Sprunggelenk am linken Fuss. Ein Drittverschulden ist nicht ausgewiesen. Da die Heilung etwas länger dauert, fordert ihn die Suva auf, sich bei der IV anzumelden. Er tut dies nur widerwillig am 21.10.2019, da er darauf vertraut, wieder vollständig arbeitsfähig zu werden. Er wird per 7.12.2019 wieder teilweise arbeitsfähig geschrieben und zuerst mal im Betrieb eingesetzt, wo er die Teile vorbereitet, die seine Kollegen dann auf der Baustelle montieren. Zusammen mit dem Zeugnis über die teilweise Arbeitsfähigkeit reicht Herr Alder ein Schreiben ein, in welchem er mitteilt, dass er das Gesuch vom 21.10.2019 zurückziehen will.

Schliesslich wird er wieder voll arbeitsfähig geschrieben und kann ab 19.04.2020 wieder auf der Baustelle arbeiten. Die Leistungen der IV werden mit Verfügung vom 12.06.2020 vollständig abgelehnt.

Ab Oktober 2020 hat Herr Alder vor allem bei kaltem Wetter starke Schmerzen im Oberschenkel und im linken Fuss, so dass er erneut den Arzt aufsucht und von ihm starke Medikamente erhält. Die medizinischen Untersuchungen ergeben, dass er erneut operiert werden muss und für 4 Monate vollständig ausfällt. Er ist jedoch auch nach der erneuten Operation nicht mehr in der Lage, auf dem Bau zu arbeiten, da er weiterhin Schmerzmedikamente einnehmen muss. Mit diesen Medikamenten ist es ihm untersagt, auf Leitern zu steigen oder auf einem Gerüst zu arbeiten. Er ist auch beim Stehen an Ort schmerzgeplagt und benötigt die Medikamente. Somit kann er auch in der Werkstatt nicht vollständig eingesetzt werden. Ab April 2021 kann er die Arbeit im Betrieb wieder teilweise aufnehmen. Die Suva fordert ihn erneut auf, sich bei der IV anzumelden. Herr Alder tut dies nicht, da er sich ja «schon im 2019 angemeldet» habe. Die Leistung im Betrieb pendelt sich bis zu den Sommerferien im August 2021 bei ca. 60% eines Vollpensums ein. Die Suva kürzt das Taggeld auf 40% und fordert ihn erneut auf, sich bei der IV anzumelden.

Nach der erneuten Anmeldung im September 2021 geht das Dossier – sehr zum Ärger von Herrn Alder – in die berufliche Eingliederung. Bei Ausübung einer Tätigkeit, welche er den grössten Teil der Arbeit in einem geheizten Büro sitzend verrichten könnte, wäre er gemäss den medizinischen Unterlagen und der Dossierbeurteilung durch den RAD vollständig arbeitsfähig.

Herr Alder weigert sich, mit dem Berufsberater zusammen zu arbeiten, da er «ja eine Rente zugute habe». Auch «gutes Zureden» von Seiten des Berufsberaters nützt nichts. Herr Alder merkt an, dass er ja bei der Suva versichert sei und nicht bei der IV und daher die Suva entscheiden müsse, wie es weitergehe, und die habe nichts von Berufswechsel erwähnt. Der Case Manager der Suva teilt Herrn Alder mit, dass die Suva keine Rentenprüfung vornehme, bis nicht alle Eingliederungsmassnahmen ausgeschöpft seien. Herr Alder will jedoch lieber weiterhin im bisherigen Betrieb arbeiten und eine Rente beziehen.

Die berufliche Eingliederung schlägt eine Umschulung zum Zeichner (CAD) vor, welche Herr Alder in 2 Jahren absolvieren könnte. Ausserdem hat er die Grundlagen des Zeichnens in der Lehre als Zimmermann bereits erlernt und in der Anmeldung angegeben, dass er über «gute Computerkenntnisse» verfüge. Damit könnte die Umschulung auf bisherige Berufskenntnisse aufbauen. Der Lohn als Zeichner nach der Ausbildung wäre in etwa gleich hoch wie als Zimmermann vor dem Unfall. Herr Alder willigt nicht in die Umschulung ein und will sich «seine Rente» vor Gericht erstreiten. Der Berufsberater teilt diesen Verlauf der für die weitere Bearbeitung zuständigen Sachbearbeitung der IV-Stelle in seinem Schlussbericht mit.

Drei Wochen später trifft ein Schreiben des Versicherten bei der IV-Stelle ein. Herr Alder erkundigt sich darin über die möglichen Leistungen der IV, deren Anspruchsvoraussetzungen und den Leistungsumfang vor, während und nach einer eventuellen Umschulung.

---

### Beilagen

- keine

---

### Aufgabe

1. Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse bis zum Erlass der Verfügung vom 12.06.2020 vor. Listen Sie die relevanten Ergebnisse nachvollziehbar auf.
2. Nehmen Sie begründet Stellung, ob die IV-Stelle das Verfahren bis zum Erlass der Verfügung vom 12.06.2020 rechtlich korrekt gestaltet hat. Nehmen Sie zudem begründet Stellung, wie das Verfahren und die Entscheide der IV ausgefallen wären, falls das Rückzugsgesuch nach Zustellung des Vorbescheids Ende April 2020 bei der zuständigen IV-Stelle eingegangen wäre.
3. Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse im Zeitpunkt des Fallabschlusses durch den Berufsberater mit Erstellung seines Schlussberichts vor.
4. Treffen Sie einen Entscheid, wie aufgrund der Ausführungen des Berufsberaters in seinem Schlussbericht weiter vorzugehen ist und begründen Sie den Entscheid ausführlich und nachvollziehbar in einer Stellungnahme zuhanden Ihres Vorgesetzten.
5. Nehmen Sie Stellung, wie Sie vorgegangen wären und welche Entscheide Sie getroffen hätten, wenn der Versicherte im Zeitpunkt der Wiederanmeldung bereits 60 Jahre alt gewesen wäre. Unterbreiten Sie Ihren Entscheid mit einer ausführlich begründeten Stellungnahme Ihrem Vorgesetzten.
6. Formulieren Sie die Antworten an den Versicherten auf seine gestellten Fragen zu den möglichen Leistungen, den Anspruchsvoraussetzungen und dem Leistungsumfang vor und während einer Umschulung.

---

### Erwartungen

Bearbeiten Sie die oben angeführten Aufträge der Reihe nach. Stellen Sie Ihre Ergebnisse auf den folgenden Seiten schriftlich dar (Seiten nur einseitig beschriften). Achten Sie darauf, dass Ihre Ausführungen für Dritte nachvollziehbar sind und Sie Ihre Aussagen hinreichend begründen. Als Richtgrösse werden 4-8 Seiten A4 erwartet, der effektive Umfang Ihrer Arbeit wird nicht bewertet. Beschriften Sie jede Seite oben rechts mit Ihrem Namen und Ihrer Kandidatennummer.

Für die Bearbeitung des Falldossiers stehen Ihnen 90 Minuten zur Verfügung.

---

### Hinweis

Für die Recherche steht Ihnen während der Prüfung der Online-Zugriff ins Internet zur Verfügung.

---

## Beurteilung

Ihre Leistung wird nach folgenden Leitfragen bewertet:

- Nimmt der/die Kandidat/in eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor und stellt er/sie die Ergebnisse nachvollziehbar dar?
- Beschreibt der/die Kandidat/in die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen?
- Zieht der/die Kandidat/in angemessene erste Schlussfolgerungen in Bezug auf das weitere Vorgehen?
- Beschafft der/die Kandidat/in alle erforderlichen Informationen und fasst er/sie diese nachvollziehbar zusammen?
- Trifft der/die Kandidat/in einen geeigneten Entscheid und argumentiert er/sie den Entscheid nachvollziehbar und fachlich korrekt?
- Kommuniziert der/die Kandidat/in den Entscheid korrekt und für die Zielgruppe angemessen?

---

## Punkte

max. 90

### Aufgabe 1:

Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse bis zum Erlass der Verfügung vom 12.06.2020 vor. Listen Sie die relevanten Ergebnisse nachvollziehbar auf

#### Ausgangslage

*Unfall, versichert durch die Suva. Es wird ein Rückzug des Gesuches verlangt. Die Suva übernimmt zu dieser Zeit weiterhin das Taggeld für die teilweise Arbeitsunfähigkeit. Die AUF besteht nicht länger als 1 Jahr und die versicherte Person kann wieder die bisherige Tätigkeit ausüben. Nach der Ablehnung ist das Gesuch abgeschlossen.*

#### Rechtliche Erwägungen

*Dem verlangten Rückzug des Gesuches hätte nach der Entscheidungsfindung stattgegeben werden können, da keine schutzwürdigen Interessen der versicherten Person oder anderer Beteiligter davon betroffen gewesen wären (ATSG 23 / 1 und 2) und keine Umgehung gesetzlicher Vorschriften bezweckt wird. Eine Verrechnung der Suva mit Leistungen der IV wäre nicht in Frage gekommen, da die IV keine Leistungen erbracht hat. Drittverschulden war nicht ausgewiesen, so dass kein Regressfall vorlag, der zuerst hätte geprüft werden müssen.*

#### Schlussfolgerungen

*Der Rückzug hätte schriftlich bestätigt werden müssen. Dann hätte keine ablehnende Verfügung erlassen werden müssen.*

### Aufgabe 2:

Nehmen Sie begründet Stellung, ob die IV-Stelle das Verfahren bis zum Erlass der Verfügung vom 12.06.2020 rechtlich korrekt gestaltet hat. Nehmen Sie zudem begründet Stellung, wie das Verfahren und die Entscheide der IV ausgefallen wären, falls das Rückzugsgesuch nach Zustellung des Vorbescheids Ende April 2020 bei der zuständigen IV-Stelle eingegangen wäre.

*Es ist ein Verfahrensfehler passiert. Die IV-Stelle hätte auf das Rückzugsgesuch eintreten müssen. Dieser Fehler hatte jedoch keine unmittelbaren Folgen für die versicherte Person, da keine Leistungen der IV erbracht wurden.*

*Wäre das Rückzugsbegehren erst nach Erlass des Vorbescheides eingetroffen, so wäre bereits festgestanden, dass kein Anspruch auf Leistungen der IV besteht. Der Erlass der abweisenden Verfügung wäre dann nicht mehr möglich gewesen, da sämtliche Voraussetzungen für einen Verzicht erfüllt gewesen wären und dem Rückzugsgesuch deshalb hätte stattgegeben werden müssen. Als Umgehung gesetzlicher Vorschriften kann der Wegfall der Revisionshürde für inskünftige Rentengesuche mit Eintreten auf das Rückzugsgesuch nicht gewertet werden.*

### **Aufgabe 3:**

Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse im Zeitpunkt des Fallabschlusses durch den Berufsberater mit Erstellung seines Schlussberichts vor.

#### Ausgangslage

*Das erste Gesuch von Herrn Alder ist rechtskräftig abgelehnt worden. Es ist eine erneute Anmeldung erforderlich. Herr Alder ist in seinem Beruf als Zimmermann noch zu 60% arbeitsfähig. Es ist somit eine Umschulung zu prüfen. Herr Alder will jedoch eine Rente und im bisherigen Betrieb weiterarbeiten. Er lässt sich nicht von einer Umschulung überzeugen. Es sind daher rechtliche Massnahmen zu prüfen.*

#### Rechtliche Erwägungen

*Da das erste Gesuch von Herrn Alder rechtskräftig abgelehnt worden ist, muss eine neue Anmeldung erfolgen, bis wieder eine Prüfung von Leistungen der IV vorgenommen werden kann. Da Herr Alder seinen Beruf als Zimmermann nicht mehr voll ausüben kann, in einer adaptierten Tätigkeit jedoch voll arbeitsfähig wäre, sind gemäss dem Grundsatz «Eingliederung vor Rente» berufliche Massnahmen einzuleiten. Eine Wahl zwischen einer Umschulung und einer Rente gibt es nicht. Da Herr Alder eine Lehre abgeschlossen hat und auf Grund seiner Einschränkungen eine Erwerbseinbusse von mehr als 20% erleidet, hat er Anspruch auf eine Umschulung. Es sind Tätigkeiten zu suchen, die den Eignungen und Neigungen der versicherten Person entsprechen und seiner bereits durchgeführten Ausbildung gleichwertig sind. Mit einer Gleichwertigkeit sind nicht nur die Art der Ausbildung, also wie bisher in der Sekundärstufe II (=Lehre EFZ), sondern auch die Verdienstmöglichkeiten zu berücksichtigen. Da die Suva keine beruflichen Massnahmen durchführt, werden diese durch die IV erfolgen. Herr Alder ist natürlich auch bei der IV versichert, obwohl die Suva als obligatorischer Unfallversicherer als erste in die Leistungserbringung eintritt. Mit seiner Weigerung, sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Berufsberater einzulassen, verletzt Herr Alder seine Schadenminderungspflicht. Er ist daher auf diese hinzuweisen und es sind ihm Sanktionen aufzuzeigen.*

#### Schlussfolgerungen

*Die Suva hat Herrn Alder zurecht auf eine zweite Anmeldung hingewiesen. Da Herr Alder auf Grund seiner Einschränkungen eine Einbusse von mehr als 20 % erleidet, hat er Anspruch auf eine Umschulung durch die IV. Die Überweisung seines Dossiers an den Berufsberater erfolgte zu Recht. Herr Alder ist schriftlich auf die SMP hinzuweisen. Wenn er sich weiterhin weigert, mit der Berufsberatung zusammen zu arbeiten, bzw. sich nicht auf berufliche Massnahmen einlassen kann, ist ein Mahn- und Bedenkzeitverfahren einzuleiten. Es ist ihm klar zu kommunizieren, dass es für ihn keine Rente geben wird, auch wenn er die BM verweigert.*

**Aufgabe 4:**

Treffen Sie einen Entscheid, wie aufgrund der Ausführungen des Berufsberaters in seinem Schlussbericht weiter vorzugehen ist und begründen Sie den Entscheid ausführlich und nachvollziehbar in einer Stellungnahme zuhänden Ihres Vorgesetzten.

*Herr Alder ist schriftlich auf seine Schadenminderungspflicht aufmerksam zu machen. Das «gute Zureden» des Berufsberaters allein genügt rechtlich nicht, um eventuelle Sanktionen einzuleiten.*

*Antrag: Es ist ein Mahn- und Bedenkzeitverfahren einzuleiten*

*Herr Alder ist gelernter Zimmermann und nach einem Unfall nur noch zu 60% in seiner angestammten Tätigkeit arbeitsfähig. Gemäss den medizinischen Unterlagen und der Beurteilung des RAD wäre er in einer adaptierten Tätigkeit jedoch voll arbeits- und erwerbsfähig. Die versicherte Person weigert sich jedoch, eine Umschulung in Betracht zu ziehen und verlangt eine Rente. Es ist daher ein Mahn- und Bedenkzeitverfahren einzuleiten. In diesem ist Herrn Alder unter Ansetzen einer angemessenen Frist mitzuteilen, dass er sich auf berufliche Massnahmen, konkret eine Umschulung, einzulassen und aktiv an dieser mitzuarbeiten hat, ansonsten die IV-Stelle nach den vorhandenen Unterlagen entscheiden werde, was eine Ablehnung einer Rente nach sich ziehen würde. Reagiert Herr Alder nicht auf diese Bedenkfrist, ist ein Vorbescheid zu erlassen. Da eine Umschulung zum Zeichner für Herrn Alder zumutbar wäre, muss ihm ein Lohn angerechnet werden, wie er ihn als Zeichner nach Abschluss der Umschulung verdienen könnte. Damit wäre er rentenausschliessend eingegliedert. Dieser Entscheid wäre in diesem Falle der versicherten Person mittels Vorbescheides und Verfügung zu eröffnen.*

**Aufgabe 5:**

Nehmen Sie Stellung, wie Sie vorgegangen wären und welche Entscheide Sie getroffen hätten, wenn der Versicherte im Zeitpunkt der Wiederanmeldung bereits 60 Jahre alt gewesen wäre. Unterbreiten Sie Ihren Entscheid mit einer ausführlich begründeten Stellungnahme Ihrem Vorgesetzten.

*Wäre Herr Alder bereits 60 Jahre alt gewesen, so wäre eine Umschulung wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll bzw. nicht mehr verhältnismässig und aus Eingliederungssicht nicht mehr zielführend, da nach den 2 Jahren Ausbildung nur noch 3 Jahre Erwerb folgen würden. Der Versicherte hätte nach Abschluss der Umschulung im Alter von 62 Jahren angesichts der kurzen verbleibenden Erwerbszeit keine Chance als Berufseinsteiger auf eine Neuanstellung als Zeichner. Aus diesen Gründen wäre in diesem Fall die Ausrichtung einer Teilrente und der Verbleib im bisherigen Betrieb die bessere Lösung, sowohl wirtschaftlich wie auch für den Versicherten. Das Dossier wäre nicht mehr an den Berufsberater überwiesen worden.*

*Antrag: Gewährung einer Viertelsrente*

*Herr Alder ist 60 Jahre alt. Er ist in seiner erlernten und bisher ausgeübten Tätigkeit als Zimmermann zu 40% eingeschränkt. In einer adaptierten Tätigkeit, z. B. als Zeichner CAD, könnte er gemäss den medizinischen Unterlagen wieder voll arbeitsfähig werden. Mit einer Umschulung, auf die er mit einer Einbusse von 40% Anspruch hätte, könnte er im kommenden August beginnen. Bei einer 2-jährigen Lehre als Zeichner wäre er bei Abschluss der Umschulung bereits 62 Jahre alt. Die ihm verbleibende Erwerbszeit würde also nur noch 3 Jahre betragen. Eine solche Umschulung ist daher wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll. Er kann mit einem Pensum von 60% im bisherigen Betrieb verbleiben und angepasste Arbeiten erledigen. Dies erscheint mir die bestmögliche Eingliederung für Herrn Alder zu sein. Daher beantrage ich die Ausrichtung einer Teilrente und die Abweisung von beruflichen Eingliederungsmassnahmen.*

### **Aufgabe 6:**

Formulieren Sie die Antworten an den Versicherten auf seine gestellten Fragen zu den möglichen Leistungen, den Anspruchsvoraussetzungen und dem Leistungsumfang vor und während einer Umschulung.

*«Da Sie durch die Einschränkungen des Unfalles vom 27.05.2019 in Ihrer erlernten Tätigkeit als Zimmermann eine Erwerbseinbusse von über 20% in Kauf nehmen müssen, haben Sie Anspruch auf eine berufliche Neuqualifikation in Form einer Umschulung. Diese Umschulung in eine Ihren Einschränkungen angepasste Tätigkeit (z B. als Zeichner mit CAD) würde von der Invalidenversicherung übernommen. Ziel der Umschulung ist es, Ihnen wieder ein gleichwertiges Erwerbseinkommen wie als Zimmermann zu ermöglichen. Bei der Suche einer Ausbildungsstelle würden wir Sie unterstützen. Allerdings sind wir dabei auf Ihre aktive Mitwirkung angewiesen.*

*Weiter fragen Sie nach dem Leistungsumfang bei einer eventuellen Umschulung. Die Invalidenversicherung übernimmt die Kosten für die Umschulung, wie die Kosten der Lehrmittel, Reisekosten zur Arbeitsstelle bzw. in die Berufsschule und Zehrgeld (Mittagessen). Ausserdem wird ein Taggeld während der Umschulung ausgerichtet in der Höhe von 80% des früher erzielten Lohnes. Ein allfälliger Ausbildungslohn wird allerdings in die Berechnung mit einbezogen. Die Kürzungsgrenze liegt bei 100% Ihres entgangenen Lohnes als Zimmermann. Ein Taggeld vor dem Beginn der Ausbildung wird nur in bestimmten Situationen ausgerichtet. Sofern Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung besteht, wird kein Taggeld vor der Umschulung ausgerichtet. Zudem kann dieses Wartezeittaggeld erst ausgerichtet werden, nachdem Eingliederungsplan steht und der Berufswahlprozess abgeschlossen ist. Anspruch auf Wartezeittaggeld begründen nur Versicherte, die in der angestammten Tätigkeit mindestens 50% arbeitsunfähig sind. Damit wir Sie persönlich über Ihre Situation beraten können, bitten wir Sie, uns zu kontaktieren. Die Kontaktdaten ersehen Sie im Briefkopf. Sie können sich auch einfach an «Ihren» Berufsberater wenden. Er kennt Ihre berufliche Situation und wird Sie gerne beraten. Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.»*